



„ORGANISATIONSOPTISCHLIMMBESSERUNGSEINSPARARBEITSGRUPPEN“

Organisationsoptimierung und Schuldenbremse: Quadratur des Kreises?

Ernst Scharbach, Vorsitzender der GdP im Land, stellt klar: „Es ist das gute Recht des Dienstherrn, von Zeit zu Zeit Aufbau und Ablauforganisation auf den Prüfstand zu stellen und behutsam – sozusagen organisch – fortzuentwickeln. Aber wenn solche Überlegungen nicht fachlich bestimmt sind, sondern einzig und allein dem Spardiktat der grundgesetzlichen Schuldenbremse folgen, geht das nur gegen unseren Widerstand“.

Scharbach bezeichnete das Vorhaben der „Optimierung“ in Zeiten der Schuldenbremse als Quadratur des Kreises. Es sei auch für die GdP ein schmerzhafter Spagat, auf der einen Seite nicht müde zu werden, die Innere Sicherheit als Kernaufgabe des Staates vor pauschalen Einsparungen zu schützen und andererseits im gewerkschaftlichen und personalrätlichen Alltag zu versuchen, das Schlimmste zu verhindern.

Die GdP ist in den sechs Arbeitsgruppen vertreten und hat die Sichtweise der von ihr vertreten Kolleginnen und Kollegen eingebracht. Nach und nach wurde



Gut vernetzt und abgestimmt: Alle GdP-Vertreter in den Arbeitsgruppen trafen sich am 26. August, um die Sachstände aus den 6 „Optimierungsarbeitsgruppen“ abzugleichen.

immer deutlicher, dass es nicht um Optimierung, sondern um Einsparung ging. Scharbach: „Trotz grundsätzlicher Ablehnung von Einsparungen müssen wir wichtige Argumente aus Sicht der Beschäftigten in der Polizei einbringen.“ Die GdP hat zwischen den Vertretern in

den sechs Arbeitsgruppen einen umfassenden Austausch organisiert. Alle GdP-Vertreter in den einzelnen Arbeitsgruppen haben gewissenhaft und aktuell berichtet und sich zuletzt am 26. 8. 2011 zu einem strukturierten und umfassenden Austausch getroffen.

GdP-STAMMTISCH IN WALDFISCHBACH

Sinn und Zweck der „Optimierung“ erörtert



Die Kreisgruppe PD Pirmasens hatte am 23. August zu einem Stammtisch eingeladen. Kollegen aller Dienststellen der Polizeidirektion Pirmasens folgten der Einladung nach Waldfischbach. Vor dem Hintergrund der laufenden Optimierung der Polizei wurde hierzu auch der stellvertretende Landesvorsitzende Heinz-Werner Gabler eingeladen. Zusammen mit dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Westpfalz, Kollege Werner Hilmer, wurden in lockerer Runde Sinn und Zweck sowie die möglichen Auswirkungen auf die Polizeidirektion Pirmasens erläutert.

**Sonderteil Schuldenbremse
auf den Seiten 5 bis 8 dieser Ausgabe**



Neue Aufgaben und Elternzeiten berücksichtigen!

Matthias Lammert war es besonders wichtig, die Besucher der GdP über die Beschlusslagen des rheinland-pfälzischen Landtags aufzuklären. „Es gibt keine Zustimmung der CDU zu einer Personalstärke von 9014“, postulierte er beim Besuch der GdP bei den Innen-Expertinnen und Experten der CDU-Fraktion.

Der Entschließung aus dem Jahr 2003, die später zu der Zielgröße von 9014 Polizistinnen und Polizisten geführt habe, habe die CDU nicht zugestimmt.

Zugestimmt habe die Fraktion allerdings einem Entschließungsantrag der FDP aus dem Jahr 2010, wonach die Personalstärke der Polizei nicht unter 9000 sinken dürfe.

Matthias Lammert: „Damit war nicht die Zielmarke gemeint, sondern die Mindeststärke in Form eines absoluten Minimums“.

Er stellt weiter klar: „Wir sind der Ansicht, dass wir gegenüber der Zielmarke der Landesregierung von 9000 eine deutliche Erhöhung benötigen, um die Sicherheitsaufgaben im Land zu erfüllen“.



Die Innen-Experten der CDU auf die Haushaltsdebatte vorbereitet: Von links: Matthias Lammert MdL, Heinz Werner Gabler, Markus Stöhr, Anke Beilstein MdL, Ernst Scharbach, Heinz Hermann Schnabel MdL, Bernd Becker

Die GdP-Vertreter wiesen darauf hin, dass seit 2001 oder 2003 viel passiert sei. **Heinz Werner Gabler:** „Wir haben im Gegenwert von an die 1000 Polizistinnen und Polizisten Aufgaben dazu bekommen und die Inanspruchnahme von Elternzeiten und anderen Beurlaubungen hat sich seither nahezu vervierfacht.“

Und **Ernst Scharbach:** „Es sollte Ihnen gelingen, dass der Frage der Inneren Sicherheit so viel Bedeutung beigemessen wird, wie dem Unterrichtsausfall an unseren Schulen, dann sind wir einen Schritt weiter“. Auf den Punkt gebracht: „Sie müssen wissen, dass 9000 Polizistinnen und Polizisten im Jahr 2016 gerade mal etwa 8300 bis 8400 Vollzeitstellen entsprechen. Damit ist Polizeiarbeit in Rheinland-Pfalz nicht darstellbar“.

Ein wichtiges Anliegen der CDU-Innenpolitiker war natürlich die aktuelle Diskussion um die Überprüfung der Polizeiorganisation. Lammert: „Die Innere Sicherheit hat einen so hohen Stellenwert. Da machen wir Schließungen nicht mit“.

Anke Beilstein wies darauf hin, dass aus ihrer Sicht auch die Autobahndienststellen Teil der Polizeipräsenz im Land seien; man dürfe deren Existenz nicht nur an der Aufgabenwahrnehmung auf der BAB messen. **Heinz Hermann Schnabel** hob am Beispiel Wörrstadt hervor, dass bereits heute die Abstufung zu Wachen aus dem Jahr 1993 Probleme bereite.

KOMMENTAR

In der Politik wurde die Beschlusslage des Landtages des öfteren strittig diskutiert. Im FDP-Entschließungsantrag vom 10. 12. 2010 heißt es u. a.:




Bernd Becker

„Es ist erklärtes politisches Ziel, dass die Personalstärke der Polizei nicht unter 9000 fallen soll“. Und weiter unten: **Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, Sorge dafür zu tragen, dass die personelle Ausstattung der Polizei die genannte Grenze von 9000 Beamtinnen und Beamten im Bereich der Polizei nicht unterschreitet.“**

In der Tat: Ich teile die Auffassung von Herrn Lammert, dass mit dem Begriff „Personalstärke“ nur die „Vollzeitäquivalente“ gemeint sein können. Meine dringende Bitte an alle Entscheidungsträger: **Treiben Sie jetzt keine semantische Haarspalterei, sondern sorgen Sie dafür, dass in Rheinland-Pfalz weiterhin ordentliche Polizeiarbeit gemacht werden kann.**

8300 sind dafür eindeutig zu wenig.

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: BerndBecker4470@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



TARIFINFORMATIONEN

**Neue
Entgeltordnung
2012**

Die neue Entgeltordnung löst ab 1. 1. 2012 die seit den 60er-Jahren geltende Vergütungsordnung zum BAT, das Lohngruppenverzeichnis für den Bereich der ehemaligen Arbeiter/-innen (MTArb) sowie die früheren Eingruppierungsregelungen im BAT ab. Die Umsetzung der in der Tarifrunde 2011 vereinbarten Grundzüge zur Entgeltordnung erfordert eine intensive Beschulung der Tarifexpertinnen und -experten. Die Mitglieder der Großen Tarifkommission – für Rheinland-Pfalz **Margarethe Relet** und **Anne Knewitz** – wurden in Berlin auf die Einführung der EGO vorbereitet. Im Fachausschuss Tarif sowie in Personalräte- und Tarifseminaren werden sie ihr Wissen weitergeben, damit die Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten in den Gremien und in den Kreisgruppen den Beschäftigten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen können. Insbesondere für Beschäftigte, die nach Einführung des TV-L (1. November 2006) in den Entgeltgruppen 2 bis 8 eingestellt wurden, können sich mit der Einführung der neuen Entgeltordnung finanzielle Vorteile ergeben.



Margarethe Relet

mers kann in bestimmten Fällen zu einer außerordentlichen Kündigung führen. Es muss in jedem Einzelfall abgewogen werden, ob ein wichtiger Grund, der zur außerordentlichen Kündigung berechtigt, vorliegt. Außerdem ist eine zweiwöchige Ausschlussfrist (sog. soziale Auslauffrist) zu beachten und die Beteiligung des Personalrates erforderlich. Eine außerordentliche betriebsbedingte Kündigung ist grundsätzlich nicht unzulässig, jedoch an extrem harte Bedingungen geknüpft. Zur Beschäftigungszeit im Rahmen der Unkündbarkeit zählt die Zeit, die bei demselben Arbeitgeber im Arbeitsverhältnis zurückgelegt wurde, auch wenn sie unterbrochen ist. Unberücksichtigt bleibt allerdings die Zeit eines Sonderurlaubs nach § 28 TV-L. Ein schädliches Ausscheiden mit Wegfall der bereits erbrachten Beschäftigungszeit gibt es nicht mehr.

ÖPR IM PP WESTPFALZ

**Uwe Leitheiser
Vorsitzender**



Der Kollege **Uwe Berthold Leitheiser** wurde zum neuen Vorsitzenden des Örtlichen Personalrates beim PP Westpfalz gewählt. Er löst damit den langjährigen Vorsitzenden Ludwig Wiegang ab, der zum Jahresende in den Ruhestand tritt.

Kollege Leitheiser ist im K 12 der Kriminaldirektion Kaiserslautern beschäftigt und hat sich bereits im Zusammenhang mit der Einführung des Präsenz- und Rufbereitschaftsmodells für die Kriminalpolizei in der Westpfalz engagiert eingebracht.

**Unkündbarkeit
von
Beschäftigten**

Auch nach Einführung des TV-L bleibt es bei der „Unkündbarkeit“ von Beschäftigten, wenn diese zum Zeitpunkt der Kündigungserklärung das 40. Lebensjahr vollendet haben und eine Beschäftigungszeit von mehr als 15 Jahren nachweisen können. Sie müssen unter die Regelungen des Tarifgebiets West fallen. Eine ordentliche Kündigung ist in diesen Fällen ausgeschlossen. Das Recht des Arbeitgebers zur außerordentlichen Kündigung aus einem wichtigen Grund bleibt allerdings unberührt. Ein wichtiger Grund für eine fristlose Kündigung kann eine Straftat sein (z. B. Diebstahl, Körperverletzung). Auch der Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht oder die Beleidigung des Arbeitgebers kann eine außerordentliche Kündigung darstellen. Selbst die Krankheit eines Arbeitneh-

HUNGERSNOT

Kicken für Somalia

Zwölf Millionen Menschen werden in Afrika von einer verheerenden Dürre betroffen. Drei von zehn Kindern sind bereits massiv unterernährt.

Die GdP-Kreisgruppe BePo Schifferstadt organisierte spontan ein internes Fußballturnier.

Der Südwestdeutsche Fußballverband stellte die „GdP Arena Ballance Court“ kostenfrei zur Verfügung.

Die Einnahmen und Startgelder von insgesamt 200 € wurden für die Notleidenden in Afrika gespendet. Wir finden, eine tolle Sache.

Alfried Cuidon



AUSBILDUNGSVERANTWORTUNG ERNST NEHMEN

Neue „Azubi“ bei der GdP

Die GdP fordert jedes Jahr die Landesregierung auf, jungen Menschen in der Polizei die Möglichkeit einer qualifizierten Ausbildung zu eröffnen. Die GdP stellt sich aber auch selbst der Herausforderung und übernimmt in einem **Ausbildungsverband Verantwortung**.

In Kooperation mit dem DGB, TBS, Verdi und GEW wird in einer Verbundausbildung jungen Frauen mit kleinen Kindern ein Teilzeitausbildungsplatz zur Bürokauffrau angeboten. Die Teilnehmerinnen werden von dem „Sozialpädagogischen allgemeinbildenden Zentrum“ (SPAZ gGmbH) Mainz betreut. In diesem Rahmen absolvierte **Janet Berhausen** von 2009 bis 2011 ihr 1. und 2. Lehrjahr in der Geschäftsstelle der GdP



Blumen zum Abschied. v. l. n. r.: Markus Stöhr, Janet Berhausen, Elke Blumenhagen, Margrit Bock, Claudia Clout

in Mainz und wird nun für ihr 3. Lehrjahr zur IG Metall gehen. Die GdP dankt ihr für ihr Engagement und wünscht weiterhin viel Erfolg. Als neue Auszubildende begrüßen wir **Damaris Werres**, die ihr 1. Ausbildungsjahr bei der GdP beginnt. Neben der Ausbildung zur Bürokauffrau eröffnet die Qualifizierung des Gewerkschaftssekretärs als Volljurist dazu, Rechtsreferendaren einen Stationsplatz anzubieten. **Anke Volkhardt** leistete drei Monate ihrer Rechtsberatungsstation bei der GdP ab, wofür die GdP herzlich dankt.



Damaris Werres (links) ist die neue Azubi im GdP-Team. Anke Volkhardt absolvierte bei der GdP ein Rechtsreferendariat.



ZEHN JAHRE IM DIENSTE DES PSW

Dankeschön an Ruth Bloch



Die „Seele“ des PSW, Kollegin Ruth Bloch, wurde vom GdP-Landesvorsitzenden Ernst Scharbach (li.) und dem PSW-Geschäftsführer Jürgen Moser für 10-jährige Betriebszugehörigkeit geehrt. Beide dankten ihr für die in diesen Jahren geleistete, gute Arbeit und verbanden damit den Wunsch, dass Ruth noch möglichst lange für das PSW und die GdP arbeiten möge. Die Jubilarin bedankte sich und sagte, dass sie dem Wunsch der Geschäftsführung gerne nachkäme, da ihr die Arbeit beim PSW und bei der GdP viel Freude bereite.

KURZ & KNACKIG

■ Neue taktische Polizeileuchte wird beschafft

Der Kollege **Jörg Blecker** aus Betzdorf brachte es in einem Schreiben an die GdP auf den Punkt:

„Wir machen ein Super-Einsatztraining und wenn es dann nachts ‚drum geht‘, stehen wir mit unseren alten Funzeln im Dunkeln“.

Auf der Basis solcher Mitteilungen hatte die GdP verschiedentlich im Innenministerium nachgebohrt. Die Wichtigkeit des Themas „Taschenlampe“ war auch dort längst erkannt und jetzt ist es soweit: Der Hauptpersonalrat Polizei hat in seiner Sitzung am 30. 8. 2011 der Ausschreibung neuer „Polizei-Einsatzleuchten“ zugestimmt. Das wichtige Einsatzmittel wird noch mit Geld aus dem Haushalt 2011 finanziert. Wir hoffen im Interesse der Kolleginnen und Kollegen auf eine zügige Beschaffung und danken allen Beteiligten.

■ Trierer Vorstandstreffen endet am Grill

Der Vorstand der BG Trier hat bereits im Mai eine gemeinsame Sitzung der erweiterten Vorstände der Bezirks- und Kreisgruppen im PP Trier initiiert und durchgeführt.

In der Fischerhütte in Longuich diskutierten die Gewerkschafter über brennende Themen regionaler und überregionaler Art.

Der kritische Diskurs endete in gelöster Atmosphäre am Grill.

BG-Vorsitzender Elmar Moreth:

„Die Bezirksgruppe wollte damit den engagierten Vorstandsmitgliedern auch einmal Danke sagen für die vielen ehrenamtlichen Aktivitäten im Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen“.



Schuldenbremse

**Wer hält den Zug auf,
bevor er gegen die Wand fährt?**



Zeichnung: Christian Lang, GdP

Schuldenbremse: Was ist das?

Als **Schuldenbremse** wird in Deutschland eine verfassungsrechtliche Regelung bezeichnet, die die Föderalismuskommission Anfang 2009 beschlossen hat, um die Staatsverschuldung Deutschlands zu begrenzen und die Bund und Ländern seit 2011 verbindliche Vorgaben zur Reduzierung des Haushaltsdefizits macht.

Nach dieser Regelung soll die strukturelle, also nicht konjunkturbedingte, jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes maximal 0,35% des Bruttoinlandsproduktes betragen. Für die Länder wird die Nettokreditaufnahme ganz verboten. Ausnahmen sind bei Naturkatastrophen oder schweren Rezessionen gestattet. Eine Übergangsregelung in Art. 143d Abs. 1 Grundgesetz sieht die erstmalige Anwendung der Neuregelungen in Art. 109 und Art. 115 GG für das **Haushaltsjahr 2011** vor. Die Einhaltung der 0,35-%-Grenze ist für den Bund ab dem Jahr 2016 zwingend vorgesehen, das

Verbot der Nettokreditaufnahme der Länder tritt ab dem Jahr 2020 in Kraft.

Der Deutsche Bundestag hat der Regelung zugestimmt und am 29. Mai 2009 mehrere dafür notwendige Verfassungsänderungen in die Wege geleitet. Für die Verfassungsänderung votierte am 12. Juni 2009 auch der Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein stimmten der Regelung nicht zu. Nach der Verkündung im BGBl. ist das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 91c, Art. 91d, Art. 104b, Art. 109, Art. 109a, Art. 115, Art. 143d) am 1. August 2009 in Kraft getreten. / Quelle: Wikipedia

Die Diskussion um die Frage, ob die Schuldenbremse des Grundgesetzes auch für die Länder Wirkung entfaltet, ist durch die inhaltsgleiche Aufnahme in der rheinland-pfälzische Landesverfassung obsolet geworden.

Liebe Kolleginnen und

Unmittelbar nach seiner Ernennung im Mai 2011 ging Innenminister Roger Lewentz an die Arbeit. Die Schuldenbremsen im Grundgesetz der BRD und in der Verfassung von RLP lassen der Regierung keine Wahl. Innerhalb von zehn Jahren muss die Nettoneuverschuldung des Landes auf NULL (!) herunter.

Die Basisdaten:

**Schuldenstand RLP: 34 Milliarden €,
Nettoneuverschuldung 2010: 2,2 Milliarden €,
Abbau in zehn Schritten: Pro Jahr 220 Millionen €.**

In Gesprächen mit Politikern, Behördenleitern, aber auch vielen Kolleginnen und Kollegen gewinnt man den Eindruck, dass viele immer noch nicht erfasst haben, was da auf uns zurollt!

Der Koalitionsvertrag legt die Stärke der Polizei auf 9014 fest. Das bedeutet knapp 500 weniger als 2010.

Die vom Finanzminister vorgesehenen Kürzungen im Haushalt 2012 decken bislang ca. 70% der nötigen 220 Millionen € ab.

Die restlichen 30% müssen die Ministerien bringen. Das heißt für die Polizeiabteilung im Jahr 2012 ein Minus von ca. 7 Millionen €.

Noch einmal:

Wir reden von 2012.

Wir reden vom ersten Zehntel.

Neun Zehntel werden noch folgen.

Sechs Arbeitsgruppen sollen der Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Leiters der Polizeiabteilung, Joachim Laux, Vorschläge zur „Optimierung“ der Polizeiorganisation entwerfen.

Die GdP ist vertreten:

LG: Heinz Werner Gabler, Ernst Scharbach,
AG 1 (Kripo): Gerald Gouasé, Bernd Becker,
AG 2: (Dienststellen): Tina Horn, Heinz Werner Gabler,
AG 3 (BAB): Gerhard Wagner, Ingo Schütte,
AG 4 (BP, FH, ZPT, WSP, LKA): Paul Mohr, Helmut Knerr,
AG 5 (Stäbe, FG): Udo Fremgen, Josef Schumacher,
AG 6 (Aufgabenkritik): Markus Stöhr, Margarethe Relet, Ernst Scharbach.

Vor Ort wurden ebenfalls Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen weitere Kolleginnen und Kollegen der GdP die Interessen der Beschäftigten und der zu betreuenden Bürgerinnen und Bürger im Auge halten. Man erkennt: Minister Le-



wentz hat Wort gehalten und die Polizeibehörden und -einrichtungen, die Personalräte und die Gewerkschaften umfassend eingebunden.

Die GdP bescheinigt den Arbeitsgruppen saubere, analytische und umsichtige Arbeiten! Die abschließenden Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die Lenkungsgruppe um Joachim Laux wird die Ergebnisse auswerten und sie der politischen Leitung des Innenministeriums vorlegen. Für die GdP ist aber jetzt schon absehbar, dass die Politik vergeblich auf die im nötigen Umfang erhofften Einspareffekte warten wird!

Die Polizei ist ausgelagt. Jeder weitere Abbau ist eine Sünde wider die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die Arbeitsmoral der Polizistinnen und Polizisten.

Was tun?

Weder die Polizistinnen und Polizisten, noch die Personalräte, noch die Gewerkschaft werden es schaffen, die Schuldenbremse wieder aus dem Grundgesetz und der Verfassung zu streichen. Verfassungsändernde Mehrheiten sind nicht in Sicht. Alternativ zur Streichorgie wären angemessene Steuererhöhungen, damit der Staat seine Aufgaben wahrnehmen kann. Die Gesetzgebungskompetenz liegt beim Bund. Auch dort ist die erforderliche Mehrheit nicht in Sicht.



Kollegen ...

Die Neoliberalen haben es also geschafft: Der Staat wird ins Abseits geschoben, marginalisiert. Erst rettet der Staat die Banken, Versicherungen, Hedgefonds pp. und nun ist er selbst pleite. Zum „Dank“ fordern „die Finanzmärkte“ Kürzungen bei den Staatsausgaben, also gerade bei denen, die sie eben noch mit dem Geld der Steuerzahler gerettet haben.

Leider macht es keinen Spaß festzustellen, dass wir Gewerkschafter die Entwicklung schon vor 20 Jahren vorausgesagt haben.

Auch viele „einfache Leute“, insbesondere die Zielgruppe der „BLÖD-Zeitung“ an den Stammtischen, aber auch Konsumenten von FAZ, WELT, SPIEGEL pp. sind auf die Parolen der neoliberalen Propaganda hereingefallen.

Ihr Markenzeichen: Die schwäbische Hausfrau!

Der Staat ist aber keine Hausfrau! Betriebswirtschaftliche Logik ist auf Staaten nur begrenzt übertragbar. In einer Volkswirtschaft hat der Staat eine wichtige, ordnende, zügelnde und stimulierende Funktion. Das wurde alles sträflich verkannt! Jetzt haben wir den Salat! Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen es ausbaden. Die Vorsorge für die Bürgerinnen und Bürger geht vor die Hunde.

Was also tun?

Die GdP kämpft mit den anderen Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund gegen die neoliberale Zerschlagung unseres Staates und unseres Gemeinwesens, gerne verunglimpft als Hängematten-Sozialstaat!

Wir kämpfen für den Erhalt der staatlichen Kernaufgaben!

Kein ernsthafter Diskutant wird bestreiten, dass unsere Polizei DIE Kernaufgabe darstellt! Unsere Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst bilden die klassische und unverzichtbare Basis jedweder staatlichen Ordnung.

Auch wenn andere gesellschaftliche Gruppen das Gleiche von sich behaupten mögen:

**WIR sind DER Kern der staatlichen Ordnung!
WIR bestehen darauf, dass die Polizei von den Streichungen ausgenommen wird!
WIR wollen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in Not rund um die Uhr in angemessener Reaktionszeit Hilfe durch die Polizei erfährt!
WIR fordern eine der Gefahr und der Verantwortung angemessene Entlohnung!**

NEIN !

**NEIN zum Rückzug aus der Fläche!
NEIN zum Rückzug aus Aufgaben!
NEIN zum Personalabbau!
NEIN zu Stellenstreichungen!
NEIN zur Streichorgie!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst euch nicht gegeneinander ausspielen! Kämpft mit eurer Gewerkschaft gegen die Streichorgie. Überzeugt die Bürgerinnen und Bürger vor Ort von einer hochwertigen Polizeiarbeit. Lasst euch nicht reduzieren auf Knollen schreiben und Verbrecher jagen. Kämpft für unsere Prävention z. B. in Kindergärten und Schulen.

Zeigt Selbstbewusstsein!

Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten!

**Helft mit!
Kämpft mit uns!**

Euer

Ernst Scharbach
Landesvorsitzender



GdP-RESOLUTION

Innere Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates

Es ist das gute Recht des Dienstherrn, von Zeit zu Zeit Aufbau- und Ablauforganisation auf den Prüfstand zu stellen und behutsam – sozusagen organisch – fortzuentwickeln. Aber wenn solche Überlegungen nicht fachlich indiziert sind, sondern einzig und allein dem Spardiktat der grundgesetzlichen Schuldenbremse folgen, geht das nur gegen den Widerstand der GdP. Wir analysieren und fordern wie folgt:

PERSONAL

Die rot-grüne Regierung strebt an, das Personalziel aus dem Konzept zur Zukunft der Polizei aus dem Jahr 2003/2004 umzusetzen. Seinerzeit wurde die Stärke des Jahres 2001, also 9014 Beamtinnen und Beamte, als Ziel formuliert.

Dazu stellen wir fest:

ERSTENS: Seit 2001 wurde die Polizei im Gegenwert von nahezu 1000 Vollzeitäquivalenten mit zusätzlichen und neuen Aufgaben überhäuft, ohne das Personalziel auch nur um eine Stelle nach oben zu korrigieren. **ZWEITENS:** Gleichzeitig gibt es durch die stetige Erhöhung des Frauenanteils in der Polizei eine stark wachsende Inanspruchnahme familienpolitischer Freistellungsangebote. Aktuell liegt deswegen bei nominal ca. 9250 Stellen die tatsächliche Stärke (Vollzeitäquivalente) der rheinland-pfälzischen Polizei bereits **unter 9000**. **DRITTENS:** 2016 wird die Zahl von 9000 Stellen bei der derzeitigen Einstellungsplanung unterschritten sein. Dies entspricht dann einer tatsächlichen Stärke (Vollzeitäquivalente) von noch etwa **8300 bis 8400** Polizistinnen und Polizisten. **VIERTENS:** In wieder stark zunehmendem Maße werden von Polizisten/-innen Aufgaben wahrgenommen, die auch Tarifbeschäftigte leisten könnten.

- **Mit 8300 Polizistinnen und Polizisten ist Polizei in Rheinland-Pfalz nicht zu machen.**
- **Wir fordern die Landesregierung auf, die Einstellungszahlen so nach oben abzuändern, dass auf Dauer eine Polizeistärke erreicht wird, die 9000 Vollzeitäquivalenten entspricht.**
- **Wir fordern die Möglichkeit ein, Tarifbeschäftigte einzustellen, um Polizisten/-innen von polizeifremden Aufgaben zu befreien**

AUFGABENKRITIK

Auch bei kritischer Prüfung lässt sich kaum eine Aufgabe identifizieren, auf deren Erledigung die Polizei sinnvollerweise verzichten könnte. Antiterrordatei, Jugendsachbearbeitung und Häuser des Jugendrechts, Spionageprävention in großen Firmen, Verkehrssicherheitsberatung für Senioren, Bekämpfung der Rockerkriminalität, Jugendverkehrsschule, VISIER-Konzept zur Überwachung gefährlicher Haftentlassener, Polizei-Puppenbühne, Beratungsstellen, Auslandseinsätze, Polizeiorchester, Menschenhandel und Korruption, Bekämpfung von Betrug im Gesundheitswesen, Bezirksdienst und, und, und. Die Aufzählung von Aufgaben, die über den Wechselschichtdienst und die Verfolgung der vom Bürger angezeigten Straftaten hinausgehen, könnte fortgeführt werden. Vom Einsatzgeschehen bei immer mehr und größeren Events und Rechts-Links-Lagen ganz zu schweigen.

- **Wir fordern die Politik auf, zu definieren, welche dieser Aufgaben wir nicht mehr wahrnehmen sollen, oder dafür zu sorgen, dass wir auch künftig dazu in der Lage sind.**

POLIZEIPRÄSENZ

Bereits 1993 wurden Polizeistandorte aufgegeben bzw. vom Dienst rund um die Uhr auf zeitweise Besetzung von Dienst-

stellen (Polizeiwachen) umgestellt. Aktuell wird über derartige Maßnahmen wieder nachgedacht.

- **Analog zu Feuerwehr- und Rettungsdienst muss polizeiliche Hilfe innerhalb zumutbarer und angemessener Zeit zur Verfügung stehen; das ist ein elementarer Teil der Daseinsvorsorge, der nicht aufgegeben werden darf.**
- **Eine rund um die Uhr besetzte Polizeieinspektion braucht mindestens 35 (ausnahmsweise 30) Beamtinnen und Beamte im Wechselschichtdienst.**
- **Zu qualitativ hochwertiger Polizeiarbeit gehört, dass eine Dienststelle Tag und Nacht in ihrem Bezirk präsent ist oder diese Präsenz zuverlässig im Zusammenspiel von Standorten gewährleistet wird.**

FÜHRUNGS- UND FACHFUNKTIONEN

In der Polizei wird an vielen Stellen eine hochkomplexe, verantwortungsvolle und oft irreversible Arbeit geleistet, die – meist im Nachhinein – unter hohem Beobachtungsdruck steht.

- **Soweit beabsichtigt sein sollte, vorhandene Funktionen in Führung und Sachbearbeitung zu streichen oder schlechter zu bewerten, treten wir dem mit Nachdruck entgegen.**
- **Spezialisierte Bearbeitung muss erhalten bleiben. Der Übernahme von Führungs- und Fachfunktionen muss endlich auch zeitnah die entsprechende Bewertung folgen.**

ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Untersuchung durch Professor Nachrheiner im Zusammenhang mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizei hat es gezeigt: Die Arbeitsbedingungen in der Polizei führen dazu, dass gegenüber anderen Branchen die Gefahr von arbeitsbedingten Erkrankungen deutlich gesteigert ist. Überalterung, Personalknappheit in prekären Situationen, anlassbestimmte Arbeitszeiten, Wechselschichtdienst, Aufgaben- und Leistungsdruck, nervende EDV-Anwendungen und produktbezogene Steuerungsmodelle (Zielvereinbarung/OPCO) tragen dazu bei.

- **Die Chance, in der Polizei ohne arbeitsbedingte Gesundheitsbeeinträchtigungen die Regel-Lebensarbeitszeitgrenze zu erreichen, muss wesentlich erhöht werden.**
- **Die Bemühungen um Behördliches Gesundheitsmanagement gehören verstärkt und um Elemente wie Vorsorgekursen pp. erweitert.**
- **Produktbezogene Steuerungsmodelle müssen durch Modelle ersetzt oder ergänzt werden, die den Menschen (Bürger und Beschäftigte) in den Mittelpunkt stellen.**
- **Innere Sicherheit und funktionierende Polizeiarbeit auf gutem Niveau dürfen nicht auf dem Altar der Schuldenbremse geopfert werden.**
- **Strukturen, die jetzt zerschlagen würden, könnten nur mit erheblichem Aufwand wiederhergestellt werden.**
- **Wir wollen eine Bürgerpolizei bleiben, die sich der Daseinsvorsorge für die Menschen im Land verpflichtet fühlt.**

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz

BEZIRKSKONFERENZ IN KOBLENZ

Hugo Müller gibt Überblick über Vollzug der Schuldenbremse im Saarland

Achim Eggert weiterhin Vorsitzender

Auch die Konferenz der Bezirksgruppe Koblenz stand ganz im Zeichen der aktuellen Diskussion um die so genannte Optimierung der rheinland-pfälzischen Polizei bei gleichzeitigem Vollzug der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

Hugo Müller, Vorsitzender der GdP im Saarland und stellv. GdP-Bundesvorsitzender, blickt bereits auf zwei Jahre Erfahrungen mit der Schuldenbremse in unserem kleinen Nachbarland zurück und schildert eindrucksvoll, wie die dortigen Prozesse von einer Kommission des auf Bundesebene eingesetzten Stabilitätsrates gesteuert werden. Im „Benchmark“ der Polizeien in westdeutschen Flächenländern sei die saarländische Polizei als zu teuer eingestuft worden; rigoreuse Sparziele seien festgesetzt worden. „Wir standen vor der Frage: Machen wir das mit und gestalten so gut es geht in unserem Sinne. Oder blockieren wir total und werden gestaltet“, erklärt Müller. Man hat sich entschieden mitzugestalten. Die saarländische Polizei werde um weitere 200 auf eine Gesamtstärke von 2600 Polizistinnen und Polizisten abgeschmolzen. Die Präsenz in der Fläche werde dabei dadurch garantiert, dass die Hälfte aller Inspektionen um jeweils eine Streife aufgestockt werde, während die anderen sukzessive abgeschmolzen würden.

Weiteste Entfernung 25 km

Achim Eggert wollte es genau wissen und erfuhr, dass dann immer noch die weiteste Entfernung zwischen einer solchen „Interventions-Inspektion“ und einem denkbaren Einsatzort bei 25 km lie-

ge. Viele der im Saarland geplanten Einsparungen, beispielsweise die Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe, kamen den Koblenzer Delegierten schon sehr bekannt vor und Kollege Müller wies darauf hin, dass die RP-Polizei beim länderübergreifenden Benchmarking besser abschneide. „Im Durchschnitt aller gemessenen Disziplinen liegt Ihr voll im Ziel, nämlich im Durchschnitt der westlichen Länderpolizeien“.

Innere Sicherheit bei Einschnitten ausnehmen

Genau diese Feststellung war es auch, die **Ernst Scharbach** am Ende seines engagierten Beitrags zu der Forderung veranlasste, die Polizei bei den Einschnitten durch die Schuldenbremse auszunehmen: „Innere Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, in angemessener Zeit Hilfe zu erhalten“.

Heinz Werner Gabler und **Bernd Becker** stellten einen Resolutionstext vor, der mit kleinen Ergänzungen verabschiedet wurde (siehe links).

Achim Eggert berichtete über eine arbeitsreiche Amtszeit als BG-Vorsitzender und wurde unter Verhandlungsleitung von **Peter Hahmann** wiedergewählt.

Weitere Vorstandsmitglieder:

Stellv. Vorsitzende: Tina Saxler, Detlef Maurer

Schriftführer: Michael Buchstäber und Christian Günther; Kassierer: Gerhard Jung und Christiane Schäfer; Beisitzer: Jakob Dill, Sascha Brix, Corinna Schorn; Weitere Mitglieder: Margarethe Relet, Norbert Puth, Bernd Becker; Kassenprüfer: Ulrich Nieß, Christian Lingemann



Hugo Müller (oben) gibt einen Überblick, wie im Saarland durch Beauftragte des Stabilitätsrates die Schuldenbremse administriert wird. **Ernst Scharbach** erläutert die Unterschiede zu Rheinland-Pfalz: „Viele Einsparungen, die jetzt im Saarland gemacht werden, haben wir längst hinter uns“. Sein Credo: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“.

Achim Eggert berichtet über ereignisreiche Jahre und verabschiedet **Margarethe Relet** (unten) aus dem Vorstand. Das passende Geschenk ist ein Fernglas, „mit dem du uns dann immer aus der Ferne beobachten kannst“. Links: Jung und Alt, Frau und Mann. Um den wiedergewählten Vorsitzenden Achim Eggert schart sich eine bunte Vorstandstruppe.



Anna Rotter ist Gesundheitswirtin für die Polizei

Anfang Mai 2011 wurde Frau Anna Rotter als Gesundheitswirtin für das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) eingestellt. Sie gehört der Koordinierungsstelle für das BGM im ISIM an, ist aber aus organisatorischen Gründen der Bereitschaftspolizei in Mainz angegliedert. Sie ist für die gesamte Organisation der Polizei zuständig.

Frau Rotter ist 1983 in Frankfurt/M. geboren, in Schleswig-Holstein aufgewachsen und absolvierte nach Abschluss ihrer Ausbildung zur staatlich geprüften Gymnastiklehrerin in Kiel ein Bachelor-Studium an der Uni in Flensburg mit den Fächern Sonderpädagogik und Gesundheit und Ernährung. Hierauf aufbauend schloss sie ihr Master-Studium „Prävention und Gesundheitsförderung“ im Herbst 2010 erfolgreich ab. Erste Berufserfahrungen konnte sie als Gesundheitsmanagerin und Fitnesstrainerin in Dresden sammeln.

Gemeinsam mit den BGM-Verantwortlichen in den Behörden und Einrichtungen will sie das BGM weiterentwickeln und die bereits geschaffenen Strukturen des BGM ausbauen. Das Thema Gesundheit soll gezielt an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herangetragen und in die Strukturen und Prozesse der

Polizei integriert werden. Eine enge Zusammenarbeit findet u. a. mit den Fachkräften für Arbeitssicherheit, den Sozialbetreuerinnen/Sozialbetreuern und den Gleichstellungsbeauftragten statt.

Aufgrund der spezifischen Arbeits- und Rahmenbedingungen sowie der sich daraus ergebenden spezifischen Belastungs- und Beschwerdeprofilen unterscheidet sich die Polizei deutlich von anderen Berufsgruppen – eine Herausforderung für das Gesundheitsmanagement. Frau Rotter betont: „Das Behördliche Gesundheitsmanagement ist kein zeitlich begrenztes Projekt, sondern ein langfristiger Prozess, der einer kontinuierlichen Weiterentwicklung bedarf. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor des BGM ist dabei die gemeinsame und konsequente Umsetzung von Lösungsschritten durch Führungskräfte und Mitarbeiter. Ich freue mich, diesen Weg gemeinsam mit den



Anna Rotter informiert sich in der DEUTSCHEN POLIZEI über das Gesundheitsseminar der GdP in Leiwien.

BGM-Teams, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Führungskräften zu gestalten!“ Frau Rotter besuchte bereits die Behörden und Einrichtungen, um die BGM-Verantwortlichen vor Ort kennenzulernen und sich einen Überblick über das BGM in den Behörden und Einrichtungen zu verschaffen. Die Ergebnisse dieser Besuche beschreiben den aktuellen Stand des BGM und verdeutlichen die vorherrschenden Themen. Übergreifende Themen fließen in das Gesamtkonzept des BGM ein und ergänzen den individuellen Handlungsbedarf.

Neben der Unterstützung einzelner Arbeitsgruppen sowie der konzeptionellen BGM-Arbeit ist Frau Rotter auch bei den Gesundheitstagen der Behörden und Einrichtungen aktiv, um über das BGM zu informieren.

Alles Gute von der GdP

Die GdP hatte sich nachhaltig dafür eingesetzt, dass eine Fachkraft für das BGM eingestellt wurde. Wir freuen uns, dass mit Frau Rotter eine junge und engagierte Kollegin gefunden werden konnte und wünschen ihr viel Spaß und Erfolg in ihrem Aufgabengebiet.

Wir wünschen uns auch, dass viele Kolleginnen und Kollegen die Angebote im Rahmen des BGM annehmen. Ein spanisches Sprichwort lautet: „*Der Mensch, der zu beschäftigt ist, sich um seine Gesundheit zu kümmern, ist wie ein Handwerker, der keine Zeit hat, seine Werkzeuge zu pflegen.*“

KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

Digitale Forensik in der Fortbildung

Kollege Becker berichtete aus der AG-Sitzung Rahmenvereinbarung und **Verwendungskonzept höherer Dienst.**

Die Vorschläge für Anschlussverwendungen und Transparenz im Stellenbesetzungsverfahren sind sehr kompliziert, was Kenner/-innen der Materie nicht sonderlich verwundert. Durchsichtigkeit und Persönlichkeitsrecht passen nicht so

satorischen Anbindungen sind ungeordnet und richten sich meist nach lokalen und personalen Gegebenheiten – was ja nicht schlimm sein muss!

Die Kolleginnen und Kollegen machten zur Sicherung der Qualitätsstandards nun Fortbildungsbedarf geltend, der speziell auf ihre Anforderungen zugeschnitten sein sollte. Das ISIM hat reagiert und bietet unter Federführung des LKA und der LPS eine bedarfsorientierte Fortbildung an. Durch die Kooperation mit Hessen, BW und dem Saarland werden die Kosten minimiert. Der HPRP stimmte dem Konzept zu.

Bei Maßnahmen des **Behördlichen Gesundheitsmanagements (BGM)** werden künftig Fragebogen ausgegeben, um Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmer/-innen besser einschätzen zu können.

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

Stark, sicher, kompetent!
Gewerkschaft der Polizei

einfach unter einen Hut. Der abschließende Bericht soll alsbald dem ISIM zugeleitet werden.

Die **Ausschreibung für die MzKw** fand die Zustimmung des HPRP. Die Busse werden auf Wunsch der Kollegen/-innen mit schlaghemmenden Folien ausgerüstet.

Die **digitale Forensik** nimmt immer umfangreichere Formen an. Die organi-





Abt. zeigt Sonderausstattungen.

Der neue **OPEL ASTRA GTC**

LÄSST SIE NICHT SCHLAFEN.



Wir leben Autos.

**PSW Rabatt 20 %
+ 300 € Aktionsprämie
bis 31.12.2011**

Bestellen Sie jetzt den neuen Opel Astra GTC: Gehören Sie zu den ersten 1.000 Bestellern und erleben Sie einen exklusiven Opel Astra GTC Performance Tag im Opel Test Center Dudenhofen – und das noch vor der Einführung!

- einmalige Einblicke in das streng abgeschirmte Testgelände und das Entwicklungszentrum Dudenhofen
- vertrauliches Insider-Wissen zum GTC
- Fahren Sie den neuen Opel Astra GTC unter Anleitung von Rennprofis auf verschiedenen Strecken

Besuchen Sie uns und erfahren Sie mehr über den neuen Opel Astra GTC und den exklusiven Opel Astra GTC Performance Tag!

Kraftstoffverbrauch in l/100 km, innerorts: 9,1–5,8; außerorts: 5,8–4,4; kombiniert: 7,0–4,9; CO₂-Emission, kombiniert: 164–129 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007).

**PSW Rabatt 21,5%
+ 500 € Aktionsprämie
bis 31.12.2011**

Mit dem neuen Opel Meriva Color Edition legt die ganze Familie einen starken Auftritt hin – wie kein Zweiter verbindet er innovative Funktionalität mit individuellem Stil. Die Highlights:

- Dach in Hochglanzschwarz
- 18"-BiColor-Leichtmetallräder
- Halogen Kurven- und Abbiegelicht
- Solar Protect®-Wärmeschutzverglasung im Fond, stark getönt
- Nebelscheinwerfer
- Klimaanlage
- Stereo-CD-Radio CD 300, MP3-tauglich
- Lederlenkrad
- Bordcomputer
- Geschwindigkeitsregler

Erleben Sie den Flexibilitäts-Champion.



Abt. zeigt Sonderausstattungen.

Der **OPEL MERIVA**

DAS FAMILIENAUTO FÜR INDIVIDUALISTEN.



Wir leben Autos.

In Zusammenarbeit mit:

AUTOMÜLLER
Nutzfahrzeugzentrum
Flottenzentrum

Auto Müller GmbH
Rheinallee 183
55120 Mainz
Telefon 06131 / 96262-0
Fax 06131 / 96262-63
info@auto-mueller-mainz.de
www.auto-mueller-mainz.de

PSW
Rheinland-Pfalz GmbH



Fahrzeugvermittlung
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon 06131 96009-31
Fax 06131 96009-27
anfrage@psw-neufahrzeuge.de
www.psw-neufahrzeuge.de

Millionen-Kürzungen im Sachhaushalt

Unmittelbar vor Drucklegung dieser DP-Ausgabe wurde bekannt, welche Einsparvorschläge im Sachhaushalt der Polizei in der politischen Diskussion sind. Danach könnte das ISIM dem Gesetzgeber die folgenden Maßnahmen vorschlagen:

- Reduzierung des Fuhrparks von 500 auf 475 Funkwagen
- Reduzierung des Sprits um 250 000 €
- Reduzierung der Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich
- Reduzierung der Mittel für Präventionsmaßnahmen von 275 000 € auf 100 000 €
- Reduzierung der Stellen für Diensthundeführer um 20
- Reduzierung des Schießtrainings durch verstärkten Rückgriff auf Lasertechnik
- Kündigung der Bewachung von Dienstgebäuden bei der BePo; Übernahme der Tätigkeit durch eigene Kräfte
- Erhebung einer Nebenkostenpauschale von den Studierenden für die Nutzung der Unterkünfte auf der Fachhochschule Hahn
- Schließung aller Polizeiläden
- Schließung aller Polizeipuppenbühnen
- Reduzierung der Titelgruppe 74 von 18,4 auf 17,2 Mio.

Das Polizeiorchester könnte möglicherweise durch Kooperationen mit anderen Ländern noch gerettet werden. Festlegungen gibt es hier noch nicht.

Zur Klarstellung: Es handelt sich um Vorschläge, die am Ende durch das Parlament und die Landesregierung zu verantworten sind. Es handelt sich um Einsparvorschläge, die den Sachhaushalt betreffen. Die GdP befürchtet weitere Einschnitte im Personalhaushalt.

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *„Jetzt geht es für uns alle ans Eingemachte! Nichts ist mehr vor dem Rotstift sicher. Wir werden uns gemeinsam mit unseren Freunden in den anderen Gewerkschaften wehren müssen. Sparen auf Kosten der Inneren Sicherheit ist mit uns nicht zu machen!“*

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Norbert Peters, KG Bepo Wengerohr
 Stefanie Thrun, KG PP/PD Mainz
 Alois Bootz, KG Rhein-Nahe
 Norbert Bender, KG PP/PD Mainz
 Siegfried Krebs, KG Südpfalz
 Helmut Willems, KG PD Wittlich

Die GdP wünscht alles Gute und viele gesunde Jahre

WIR TRAUERN UM:

Rudi Schneider, KG PD Pirmasens, 61 Jahre
 Jakob Ucharim, KG Wasserschutzpolizei, 92 Jahre
 Raimund Thelen, KG PP/PD Mainz, 56 Jahre
 Wilhelm Fohs, KG Polizeischule, 60 Jahre
 Wilhelm Kröll, KG PP/PD Koblenz, 64 Jahre
 Thomas Prantl, KG PP/PD Mainz, 25 Jahre
 Hildegard Münker, KG NR/Altenkirchen, 82 Jahre
 Gerd Sperling, KG PD Worms, 74 Jahre
 Helmut Rademacher, KG PD Pirmasens, 63 Jahre
 Richard Dissinger, KG Vorderpfalz, 53 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

GRATULATION ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Rolf Andres, KG PD Kaiserslautern
 Walter Knon, KG Bepo Enkeb.-A.
 Helmut Birkelbach, KG PP/PD KO

75 Jahre

Hermann Marx, KG PP/PD Koblenz

85 Jahre

Alois Mindnich, KG Rhein-Nahe
 Alwin Zubiller, KG PP Westpfalz

90 Jahre

Irmgard Bauer, KG Vorderpfalz

